

zu erreichen — z. B. hier in Berlin —, der den Wohnungswiederinstandsetzungsplan schneller erfüllen läßt, als durch Witterungseinfluß Verluste entstehen.

Schon während der Durchführung des Zweijahrplans wurden aber die ersten Voraussetzungen für einen späteren Wiederaufbau der Städte, d. h. für die Errichtung neuer Wohnungen, für die Anlage neuer Verkehrswege und für die Erstellung neuer Industriebauten, geschaffen. In den am schwersten heimgesuchten Städten entstanden Pläne für ihre Rekonstruktion, die aber alle mehr oder weniger den Interessen der einzelnen Städte entsprachen und entsprechen und zu wenig unter Berücksichtigung der für das Ganze geltenden Planziele aufgestellt wurden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands begrüßt daher aufs wärmste die Initiative der Regierung zu dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands, Berlin. Der Gesetzentwurf sichert, daß die von den Räten der Städte zu erstellenden Aufbaupläne nicht mehr nur die im Einzelfall wirksamen städtebildenden Faktoren in Rechnung stellen, sondern unter Zugrundelegung der dem Gesetzentwurf beigefügten Grundsätze des Städtebaus entwickelt werden. Wenn in diesen Grundsätzen gesagt wird, das Ziel des Städtebaues sei die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruches auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erziehung, so beweist diese Zielsetzung wieder einmal mehr, wie sehr sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bei ihrer ganzen Tätigkeit von der Sorge um den werktätigen Menschen leiten läßt.

Sie bringt das aber nicht nur in den Formulierungen ihrer Gesetze zum Ausdruck, sondern auch bei der Durchführung, bei der Erfüllung ihrer Versprechungen. Nehmen wir den Fünfjahrplan, den die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gemäß den Beschlüssen ihres III. Parteitag der Regierung überreicht hat und der von ihr bestätigt wurde! In diesem Plan sind für den Wiederaufbau von zunächst 53 Städten 4,16 Milliarden DM der Deutschen Notenbank veranschlagt.

Es wird jetzt unsere Aufgabe, d. h. die Aufgabe der Städteverwaltungen sein/ durch eine gewissenhafte Planung der Wiederaufbauarbeit, d. h. durch eine gute Organisation der Arbeit, durch die Bereitstellung ausreichender Arbeitskräfte, durch die Beschaffung möglichst vieler Baumaschinen, durch die Sicherung einer unge störten Materialzufuhr und nicht zuletzt durch die Befreiung der Bauleitungen von allem Bürokratismus, dafür zu sorgen, daß diese auf die einzelnen Zeitabschnitte zu verteilenden großen Mittel in vollem Umfange verwendet werden können.

Wenn ich bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit der Städteverwaltungen auf eine von allen bürokratischen Hemmungen freie Bauleitung hinlenke, so tue ich das unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die man sicher nicht nur in Berlin, sondern überall dort machen kann, wo gebaut wird. Ich möchte rechtzeitig auf die mit dem Umfang des Wiederaufbaues wachsenden Gefahren aufmerksam machen, die darin bestehen, daß in unseren Bauverwaltungen aus der Not heraus immer noch Menschen tätig sind, die sehr eng mit der privaten Bauwirtschaft und ihren uns allen bekannten Geschäftsmethoden verbunden sind, mit jenen Geschäftsmethoden, die diesen Leuten als etwas Selbstverständliches, uns aber schon als Korruption erscheinen.

Wir begrüßen es daher mit großer Freude, daß die im Fünfjahrplan der Sozialistischen Einheitspartei ganz allgemein vorgeschlagenen Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeitskräften und für ihre Qualifizierung im vorliegenden Gesetzentwurf schon eine konkrete Gestalt für diesen Einzelzweig angenommen haben. Es gibt, meine Damen und Herren, schon heute in allen Städten Aktivisten, die mit großem Erfolg z. B. die Arbeitsmethoden angewendet haben, die in der Sowjetunion ent-

wickelt und beim Wiederaufbau zum Beispiel Warschaws in der Praxis mit großem Erfolg angewendet worden sind. Aus dem Staatsbewußtsein dieser Aktivisten, aus dem aus diesem Staatsbewußtsein entsprungenen hohen Verantwortungsgefühl und ihrem Arbeitsethos haben sie sich meines Erachtens befähigt für die Erfüllung größerer Aufgaben. Man sollte diese Aktivisten entsprechend ihren fachlichen, politischen und moralischen Qualitäten an verantwortungsvollen Stellen verwenden. Ich glaube, manches würde sich dann allein schon in unserem Bauwesen verbessern und sich beim Wiederaufbau unserer Städte als entwicklungsfähig erweisen. Das gilt auch für das, was mein Herr Vorredner hier angeführt hat, nämlich für die Gestaltung der Baupreise und in Verbindung damit auch für die Berechnung der Wohnungsmieten.

Was die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands grundsätzlich zur architektonischen Gestaltung der Gebäudekomplexe unserer neuen Städte zu sagen hat, wurde auf dem III. Parteitag von meinem Parteifreund Walter Ulbricht sehr klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht. Diese Architektur muß unserer nationalen Eigenart entsprechen. Sie muß das Besondere unserer nationalen Kultur und, wie Walter Ulbricht sagte, in ihren Monumentalbauten in den Großstädten die Kraft und die Stärke des Aufbauwillens und der großen Zukunft Deutschlands zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Die vielfach auch in Berlin aufgetretenen Versuche, aus der Großstadt eine Gartenstadt zu machen, müssen abgelehnt werden. Um so mehr müssen die Grundsätze beachtet und durchgeführt werden, die das Recht jedes Menschen auf eine sonnige und geräumige Wohnung erfüllen. Die Zeit der Mietskasernen muß endgültig vorüber sein!

(Starker Beifall)

Endgültig muß auch die Zeit vorüber sein, in der es den Grundstücksspekulanten zuweilen in Berlin möglich war, in den Bezirken, die im wesentlichen von arbeitenden Menschen bewohnt wurden, 1 200 Menschen auf einem Hektar in Hinterhäusern und Kellern zusammenzupferchen.

Der Anteil der Nutzfläche pro Kopf der Bevölkerung, der jetzt, Ende 1950, durchschnittlich 10,5 Quadratmeter beträgt, muß unter allen Umständen entsprechend den Vorschlägen des Fünfjahrplanes der Sozialistischen Einheitspartei auf mindestens 13 Quadratmeter gesteigert werden.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang noch einige Bemerkungen zu dem Wiederaufbau der Hauptstadt Deutschlands zu machen, für den der Fünfjahrplan die Summe von 1 890 Millionen Mark zur Verfügung stellt. Namens der Bevölkerung der Hauptstadt Deutschlands habe ich der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für diese großzügige materielle Hilfe und dafür zu danken, daß sie in dem vorliegenden Gesetzentwurf den Aufbau Berlins zur Aufgabe der Republik macht und feststellt, daß er die Anteilnahme ganz Deutschlands, insbesondere der im Bauwesen Beschäftigten erfordert.

In der am 23. August abgehaltenen Sitzung des Ministerrats und in der Sitzung des Magistrats von Groß-Berlin vom 31. August wurden die ersten vom Architektenkollektiv des Ministeriums für Aufbau und des Magistrats von Groß-Berlin erstellten Pläne für das Zentrum und den zentralen Bezirk genehmigt. Die Arbeiten zur Durchführung dieser Pläne für das Zentrum Berlins haben bereits begonnen. Sie gelten zuerst der Umgestaltung des Lustgartens, die am 30. April des kommenden Jahres beendet sein wird, so daß die Bevölkerung der Hauptstadt bereits am 1. Mai 1951 auf dem neugestalteten Lustgarten ihren Willen zum Frieden bekunden kann.

(Beifall)